

AUF EINEN BLICK

Das St. Galler Stadtparlament hat sich gestern Dienstag mit fünf Sachgeschäften auseinandergesetzt. Die Traktandenliste wurde damit nur zur Hälfte abgetragen, womit es am Dienstag der nächsten Woche zur Aufräumung kommt.

Grüntabfuhr. Das Parlament hat gestern der Einführung einer flächendeckenden Grünabfuhr, dem dafür nötigen Nachtrag zum Abfallreglement und dem Kredit von 1,1 Millionen Franken für zwei neue Abfuhrfahrzeuge zugestimmt. Die neue Abfuhr geht ab dem Jahr 2017 auf Tour. Fakultatives Referendum. **ST. GALLEN 33**

Förderung. Das Postulat «Integrierte Schülerinnen- und Schülerförderung: Was bewirkt sie?» wurde nach ausgiebiger Diskussion des stadtträtlichen Berichts ohne Gegenstimme abgeschrieben.

Abstimmungsanlage. Die klare Mehrheit des Stadtparlaments ist dafür, künftig mit Hilfe einer elektronischen Anlage abzustimmen. Allerdings: Im Raum steht dank zweier Postulate der Bürgerlichen auch weiterhin der Umzug des Parlaments vom Waaghaus in den Kantonsratssaal. Der Stadtrat, der für den Kauf der elektronischen Abstimmungsanlage zuständig ist, wurde daher gestern aufgefordert, erst aktiv zu werden, wenn die Saalfrage klar ist.

Kommissionen. Das Stadtparlament hat mit grosser Mehrheit die Schaffung einer neuen ständigen parlamentarischen Kommission beschlossen. Die Direktion Soziales und Sicherheit bekommt eine eigene Kommission, die Liegenschaften- und die Baukommission werden zusammengefasst. Die Änderung tritt per 1. Januar 2017 in Kraft.

Subventionen. Die Subventionserhöhungen fürs Natur- und fürs Kunstmuseum ab 2016 wurde vom Parlament gutgeheissen worden. Umstritten war die Höhe der Erhöhung fürs Kunstmuseum. Der SVP-Antrag für eine reduzierte Erhöhung fand keine Mehrheit im Rat. Die Ablehnung fiel allerdings sehr knapp aus. Fakultatives Referendum. (dag/dwi/rsp/vre)

Rat beschliesst neue Kommission

Das Stadtparlament hat gestern mit grosser Mehrheit die Schaffung einer neuen ständigen parlamentarischen Kommission beschlossen und einen entsprechenden Nachtrag zum Geschäftsreglement erlassen. Das Postulat «Ständige Parlamentarische Kommissionen» wurde als erledigt abgeschrieben.

Künftig wird jede Direktion eine eigene parlamentarische Kommission haben: Neu wird die Kommission Soziales und Sicherheit geschaffen. Die Baukommission und die Liegenschaftenkommission werden in einer gemeinsamen Kommission zusammengefasst.

Die Votanten der verschiedenen Fraktionen begrüsst es, dass durch die Neuordnung die Geschäftsprüfungskommission künftig entlastet werde und sich auf ihre Kernaufgabe, die Aufsicht über die Verwaltung, konzentrieren könne. Auch die Tatsache, dass nun noch mehr Ratsmitglieder als bisher – 62 von 63 statt wie bis anhin deren 51 – in einer der fünf Kommissionen vertreten sein werden, stiess auf Zustimmung. (dag)

Elektronisch abstimmen, aber wo?

Das Stadtparlament hat gestern die Einführung von elektronischen Abstimmungen beschlossen. Ungewiss ist aber, ob es künftig im Waaghaus oder in der Pfalz tagen soll. Die Bürgerlichen haben zwei Postulate zu dem Thema eingereicht.

DAVID GADZE

Das Abstimmen per Handaufheben gehört im Stadtparlament in absehbarer Zukunft der Vergangenheit an: An seiner gestrigen Sitzung hat der Rat die Einführung von elektronischen Abstimmungen beschlossen. Damit folgte er einem Antrag des Parlamentspräsidiums, das Ge-

Es wäre sinnvoller, zuerst die Zukunft des Waaghauses zu klären.

Roger Dornier
Präsident FDP-Fraktion

schaftsreglement entsprechend zu ändern sowie ein Postulat von Monika Simmler (Juso) und Maria Pappa (SP) zu diesem Thema als erledigt abzuschreiben. Denkbar ist aber auch ein Umzug in den Kantonsratssaal.

Zuerst den Tagungsort klären

Für Diskussionen sorgten zwei Postulate, welche die Bürgerlichen gestern eingereicht haben. In den Vorstössen wird der Stadtrat aufgefordert, Bericht zu erstatten, ob das Waaghaus öffentlich genutzt werden und das Stadtparlament in den Kantonsratssaal umziehen könnte (siehe Kasten). Als Konsequenz sprach sich die FDP-Fraktion gegen die Einführung von elektronischen Abstimmungen aus. «Wenn man einen Schritt zurücksteht, wäre es viel sinnvoller, in einem ersten Schritt nochmals die Frage nach der Zukunft des Waaghauses zu



Klare Verhältnisse im Kantonsrat: Die elektronische Abstimmungsanlage liefert rasch ein genaues Resultat.

Archivbild: Regina Kühne

stellen und ernsthaft zu prüfen, ob es nicht viel sinnvoller wäre, in den würdigen Kantonsratssaal zu wechseln», sagte FDP-Fraktionspräsident Roger Dornier. Es käme einem Schildbürgerstreich gleich, jetzt ein provisorisches Abstimmungssystem zu installieren und erst dann die Grundsatfrage nach dem Tagungsort nochmals zu diskutieren.

Dornier nannte weitere Gründe für das Nein der FDP-Fraktion. Das heutige System genüge

den Anforderungen. Das erwähnte Postulat suggeriere letztlich, dass das Parlament mit dem heutigen System nicht demokratisch und nicht transparent sei. Die Bevölkerung könne jederzeit den Sitzungen beiwohnen, sagte Dornier. Die «epischen Diskussionen» im Vorfeld hätten gezeigt, dass das Vorhaben ausser Kosten nichts bringe – «jedenfalls nicht mehr Demokratie und kaum mehr Transparenz».

Rechtliche Grundlage schaffen

Auch Michael Hugentobler kritisierte namens der CVP/EVP/BDP-Fraktion, dass sich die Verwaltung nicht früher mit der Standortfrage befasst habe, zumal im Kantonsratssaal diesen Sommer eine neue Abstimmungsanlage installiert worden sei, die alle Wünsche erfülle. Die Fraktion unterstütze deshalb die beiden Postulate. Da der Preis von rund 20000 Franken für die Abstimmungsanlage aber ohnehin die Finanzkompetenz des

Parlaments unterschreite und der Stadtrat über den Kauf zu entscheiden habe, könne der Rat trotzdem das Geschäftsreglement beschliessen und damit die rechtliche Grundlage für elektronische Abstimmungen schaffen. Hugentobler bat aber den Stadtrat, mit dem Kauf zu warten, bis die Frage über den künftigen Tagungsort geklärt sei.

Die FDP kommt erst jetzt auf die grandiose Idee, über einen Umzug zu reden.

Daniel Kehl
Präsident SP/Juso/PFG-Fraktion

Die Vorlage sei auch in der SVP-Fraktion kontrovers diskutiert worden, sagte René Neuweiler. Einig sei man sich nur in dem Punkt, dass 20000 Franken für eine elektronische Abstimmungsanlage «nicht leichtsinnig

aus dem Fenster geworfen werden sollten». Deshalb schliesse sich die SVP-Fraktion der Forderung an, zuerst den künftigen Tagungsort zu bestimmen.

Kritik an Kehrtwende

Daniel Kehl, Präsident der SP/Juso/PFG-Fraktion, kritisierte hingegen die «unsägliche Verknüpfung» der Fragen nach dem Tagungsort und nach der Abstimmungsanlage. Vor rund ein- einhalb Jahren habe der Rat den Stadtrat mit den dringlichsten baulichen Massnahmen am Waaghaus beauftragt. Passiert sei aber nichts. Jetzt komme man auf die «grandiose Idee», über einen Umzug zu reden, dabei sei der Kantonsratssaal schon damals mit einer Abstimmungsanlage ausgerüstet gewesen.

Der Rat sprach sich schliesslich mit klarer Mehrheit für die Änderung des Geschäftsreglements und damit für die Möglichkeit von elektronischen Abstimmungen aus.

Umzug in die Pfalz prüfen

Roger Dornier (FDP), Daniel Stauffacher (CVP), Karin Winter (SVP) und Sonja Lüthi (Grünliberale) haben gestern im Stadtparlament zwei Postulate eingereicht, die die künftige Nutzung des Waaghauses zum Thema haben. Im Postulat «Pfalz der Politik» laden sie den Stadtrat ein, eine Verlegung des Stadtparla-

ments «in zeitlicher und finanzieller Sicht» zu prüfen. Mit dem Postulat «Waaghaus und Taubenloch fürs Volk» wird ein Bericht darüber verlangt, ob das Waaghaus bei einem Auszug des Parlaments in die Überlegungen für eine Neugestaltung von Marktplatz und Bohl einbezogen werden könnte. (dag)

Mehr Geld für Museen

Der Stadtrat hat eine Subventionserhöhung für Kunst- und Naturmuseum beantragt. Jene für das Kunstmuseum ist um ein Haar gekürzt worden

ELISABETH REISP

Der Stadtrat würde nicht derart hohe Subventionserhöhungen beantragen, hätte er nicht einen triftigen Beweggrund. Ob dieser triftige Grund aber wirklich bei beiden Museen zutrifft, darüber waren sich die Parlamentarier gestern uneins.

Platzmangel seit 1937 bekannt

Im Kunklerbau im Stadtpark ist seit 1877 ein Museum untergebracht. Bereits 1937 stellte man fest, dass es nicht genug Platz für ein Museum hatte. Jahrzehntlang suchte man nach Lösungen, sie wurde mit der Idee eines Neubaus für das Naturmuseum gefunden. Die Strategie lautete: drei Museen, drei Häuser.

Vor sieben Jahren einigten sich Stadt und Kanton auf eine Aufgabenteilung im Bereich Kultur. Der Kanton sollte mit 70 Prozent den Hauptsubventionsanteil der Genossenschaft Konzert und Theater übernehmen, die Museen obliegen der Stadt. Die

Stadt versprach, das Geld, welches sie nicht fürs Theater aufwerfen muss, in die Museen, mit Schwerpunkt beim Kunstmuseum, zu investieren.

Ab 2017, so der Stadtratsantrag, sollte die Subvention fürs Naturmuseum um 649 400 Franken auf jährlich 1,75 Million erhöht werden. Für das Kunstmuseum sollte die Subvention gar um 891 000 Franken auf 2,3 Millionen erhöht werden. Und hier hielten die Bürgerlichen und auch die Grünen den Finger drauf. «Zu viel», lautete der Tenor. Die SVP-Fraktion beantragte, die Subvention für das Kunstmuseum nur auf 2 Millionen zu erhöhen. Karin Winter, Sprecherin der SVP-Fraktion, räumte zwar ein, die Beiträge lägen im Rahmen der Schätzungen, es sei zurzeit aber nicht zweckmässig, in «Nice to have»-Projekte zu investieren. Sie machte auf drohende, noch nicht zu beziffernde Einbussen und Mehrkosten für die Stadtkasse aufmerksam, welche die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage bringen

könnte. Winter: «Man denke nur an die veränderte Wirtschaftslage wegen des Euro oder die Flüchtlingsströme.»

«Wiederherstellung Status quo»

Die FDP-Fraktion sowie die CVP/EVP/BDP-Fraktion waren gespalten und unterstützten zum Teil den Antrag der SVP, der andere Teil stimmte dem Antrag des Stadtrates zu. Auch die Fraktion der Grüne/Junge Grüne/Grünliberale stand nicht geschlossen hinter dem Stadtrat.

SP-Parlamentarier Etrit Hasler brach schliesslich für den Antrag des Stadtrates eine Lanze, indem er seine Kollegen daran erinnerte: «Wir sprechen hier nicht über Subventionserhöhungen, sondern über die Wiederherstellung des Status quo in der Kulturförderung.»

Nach einiger Diskussion hiess das Parlament schliesslich doch alle Anträge des Stadtrates gut. Der Antrag der SVP-Fraktion, die Subventionserhöhung zu verkleinern, scheiterte. Allerdings sehr knapp.

Immer weniger, dafür immer grössere Kleinklassen

Das Stadtparlament hat gestern den Bericht des Stadtrates zum Postulat «Integrierte Schülerinnen- und Schülerförderung: Was bewirkt sie?» diskutiert und den Vorstoss abgeschrieben. Karin Winter, Präsidentin der Bildungskommission, kritisierte, dass es sieben Jahre gedauert hat, bis der Bericht vorlag. Clemens Müller (Grüne) sagte, aus dem Bericht gehe hervor, dass es immer weniger Kleinklassen gebe in den Schulhäusern der Stadt. Die Kleinklassen würden aber ständig grösser. Zum Teil würden bis zu 15 Kinder in einer Kleinklasse unterrichtet, das sei problematisch – für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrpersonen, sagte Müller. Jennifer Deuel (FDP), die von Beruf Schulleiterin ist, sagte, es fehle in den Schulzimmern an Ressourcen, das sei schlecht.

Integration nicht um jeden Preis

Stefan Grob fragte im Namen der CVP/EVP/BDP-Fraktion in den Rat: «Was sind Kinder mit besonderem Förderbedarf?» Grob: «Sprechen wir hier einfach

von lernschwachen Kindern oder von verhaltensauffälligen Kindern oder gar von Kindern mit einer Behinderung?» Und wenn von Kindern mit einer Behinderung gesprochen werde, könnten nicht alle in den gleichen Topf geworfen werden, sagte Grob. Man müsse es einmal klar und deutlich sagen, betonte der CSP-Mann: «Ziel der integrativen Fördermassnahmen ist es, die sogenannte «Haltekraft der Regelklasse» zu stärken.» Das Förderkonzept des Stadtrates lege mit einer «Separationsquote» fest, dass maximal 5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in einer Sonderschule untergebracht werden sollen, kritisierte Grob.

Lehrkräfte nicht involviert

Er bemängelte, dass bei der Evaluation dieses Jahr die Schulleiter, nicht aber die Lehrer befragt wurden. Schuldirektor Markus Buschor entgegnete Grob, bei der nächsten Evaluation seien die Lehrer an der Reihe. Buschor sagte sinngemäss auch, Separationsquoten seien nicht in Stein gemeisselt. (dwi)